17.07.2012

BEIRAT DER MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

c/o
Stadt Wuppertal
Ressort Soziales
Fachbereich
Fürsorgestelle für Schwerbehinderte

Friedrich-Engels-Allee 76
42283 Wuppertal

Geschäftsführung:
Herr Schäfer
☎ 0202/563-2713
guido.schaefer@stadt.wuppertal.de

1. Vorsitzender
Hans-Bernd Engels

Hans-Böckler-Straße 206
42109 Wuppertal
☎ 0202/752170
hb.engels@t-online.de

1. Stellvertreter
Jörg Werner

Esmarchstraße 6
42283 Wuppertal
☎ 0202/81172
joerg.werner@unitybox.de

2. Stellvertreterin
Christel Longreè
Untergründen 17
42349 Wuppertal
chris.longree@gmx.de

Buslinie 611, Haltestelle „Versorgungsamt“
Behindertenparkplätze vor dem Eingang

Stadt Wuppertal ● Ressort 201.3 ● 42269 Wuppertal

Fraktionen der Stadt Wuppertal

Betr.: WAHLPRÜFSTEINE

Sehr geehrte Damen und Herren

wie aus vielen Verlautbarungen bekannt, leben in Wuppertal ca. 55.000 Menschen mit Behinderung. Sie Alle möchten die gleiche Teilhabe am öffentlichen Leben. Sie möchten sich in der Stadt Barrierefrei bewegen können in allen Bereichen. Beginnend bei Ämtern und Verwaltung, Sport und Kultur, Schule und Beruf, sowie Freizeit. Hier geht es um Menschen mit Seh- und Hörbehinderungen, Menschen mit chronischen Erkrankungen, Menschen mit psychischen und geistigen Behinderungen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

Der Beirat der Menschen mit Behinderung der Stadt Wuppertal stellt vor der Landtagswahl, 09. Mai 2010, Wahlprüfsteine an die Landtagskandidaten und Parteien die sich um einen Sitz im Landtag NRW bewerben.

Mit diesen Wahlprüfsteinen fragt der Beirat der Menschen mit Behinderung der Stadt Wuppertal vor der Landtagswahl NRW 2010 die Haltung von Kandidaten und Parteien zur Politik für und mit Menschen mit Behinderung ab. Nach der Landtagswahl 2010 werden die Abgeordneten und Parteien, die die Vertretung und Interessen der Bürger im Landtag NRW übernommen haben weiterbeobachtet und an ihren Erklärungen vor der Wahl gemessen. Damit sind Wahlprüfsteine nicht nur ein Barometer der politischen Arbeit, sondern setzen das Thema Politik mit und für Menschen mit Behinderung auf die politische Agenda der KandidatInnen und Parteien
In diesem Zusammenhang machen wir auf das Behindertengleichstellungsgesetz von NRW –Leben ohne Barrieren- (BGG NRW) und auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte der Menschen mit Behinderungen aufmerksam (Veröffentlich Bundesgesetzblatt Jahrgang 2008, Teil II Nr. 35, 31. Dezember 2008) aufmerksam.

Hier nun unsere Fragen:

1. Unterstützen Sie und Ihre Partei weiterhin die Behindertenarbeit der Beiräte der Menschen mit Behinderung in Ihrem Wahlbezirk. Dies besonders, da die Beiräte in Remscheid, Solingen und Wuppertal die Behindertenarbeit als Querschnittsaufgabe auffassen und umsetzen. Werden Sie die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes von NRW und die UN Behindertenrechtskonvention unterstützen?

2. Wie gedenken Sie den ÖPNV Barrierefreier (z.B. hinsichtlich der Nahverkehrspläne, der Vernetzung im Bergischen Städtedreieck, des Busmaterials und der Haltestellen mit Sprachinformationssystemen nach dem Zwei-Sinne-Prinzip) zu gestalten? Motto: „Mobilität für Alle“

3. Wie stehen Sie und Ihre Partei zum gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern.
   Motto: „Inclusive Bildung und Erziehung von Anfang an“
   (Art. 24, UN Behindertenrechtskonvention –Bildung-)

4. Werden Sie Sich und Ihre Partei in der kommenden Legislatur weiterhin für Barrierefreiheit z.B. in den Bereichen Bauen (Änderung § 55 Landesbauordnung NRW) Wohnen (barrierefreier Wohnungsbau), Kultur, Soziales, Kommunikation, Bildung und Erziehung einzusetzen. Hinweis: Die gesetzlichen Bestimmungen nach dem BGG NRW und der UN Konvention sehen dies vor.

5. Werden Sie dafür sorgen, dass die Kosten für die Stellen der (s) Behindertenbeauftragten vom Land NRW finanziert werden, damit in allen Städten und Kreisen des Landes eine derartige Position installiert wird. Unterstützen Sie die Forderung diese Stellen im Landesbehindertengleichstellungsgesetz von NRW zu verankern. Unterstützen Sie in Gemeinden über 10.000 Einwohnern die Einrichtung und Wahl von Beiräten der Menschen mit Behinderung (Art. 29 UN Behindertenrechtskonvention -Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben-

6. Werden Sie sich und Ihre Partei dafür einsetzen das Haushaltseinsparungen in den Kommunen die Einschnitte bei freiwilligen, sozialen Leistungen hervorrufen nur nach sorgfältiger Überprüfung alternativer Lösungsmöglichkeiten durchgeführt werden?

7. Werden Sie sich und Ihre Partei dafür einsetzen das die Forderung „Ambulant vor Stationär“ und „Reha vor Pflege“ durch Schaffung entsprechender Rahmenbedingen auf Landes- und Kommunaler Ebene durchgesetzt wird.

Ihrer Rückäußerung sehen wir gerne entgegen und verbleiben
mit freundlichen Grüßen!

Hans B. Engels